

Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar

Änderung vom 9. Mai 2012

*Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:*

I

Die Verordnung vom 28. Juni 2006¹ über Massnahmen gegenüber Myanmar wird wie folgt geändert:

*Art. 1a–4
Aufgehoben*

Art. 4a Verbot der Erfüllung bestimmter Forderungen

Es ist verboten, Forderungen der folgenden Personen, Unternehmen und Organisationen zu erfüllen, wenn sie auf einen Vertrag oder ein Geschäft zurückgehen, dessen Durchführung direkt oder indirekt durch Massnahmen nach dieser Verordnung verhindert oder beeinträchtigt wurde:

- a. die Regierung Myanmars;
- b. natürliche Personen, Unternehmen und Organisationen in Myanmar;
- c. natürliche Personen, Unternehmen und Organisationen, die im Auftrag oder zugunsten einer unter Buchstabe a oder b erwähnten Person, Unternehmung oder Organisation handeln.

*Art. 5
Aufgehoben*

Art. 6 Kontrolle und Vollzug

¹ Das SECO überwacht den Vollzug der Zwangsmassnahmen nach den Artikeln 1 und 4a.

² Die Kontrolle an der Grenze obliegt der Eidgenössischen Zollverwaltung.

*Art. 7
Aufgehoben*

¹ SR 946.231.157.5

Art. 8 Strafbestimmungen

¹ Wer gegen Artikel 1 oder 4a verstösst, wird nach Artikel 9 EmbG bestraft.

² Verstösse nach Artikel 9 EmbG werden vom SECO verfolgt und beurteilt; dieses kann Beschlagnahmen oder Einziehungen anordnen.

II

Die Anhänge 2–5 werden aufgehoben.

III

Diese Änderung tritt am 10. Mai 2012 in Kraft.²

9. Mai 2012

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Eveline Widmer-Schlumpf

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

² Diese Änderung wurde am 9. Mai 2012 vorerst im ausserordentlichen Verfahren veröffentlicht (Art. 7 Abs. 3 PublG; SR **170.512**).